

**Krieg darf nicht die Antwort auf Terror sein !  
Vorschlag für eine Petition an den Deutschen Bundestag  
unterstützt von Ulrich Friedrich Koch**

Am 11.9.2001 sind fürchterliche terroristische Anschläge auf das World-Trade-Center und das Pentagon in den USA verübt worden. Solidarität mit den Opfern bedeutet jedoch etwas anderes als nach Rache, Vergeltung und Krieg zu rufen! Statt mit menschenrechtlich angemessenen Mitteln vorzugehen sowie die tiefer liegenden Ursachen des Terrors zu bekämpfen, haben die USA einen zehnjährigen kriegerischen „Kreuzzug“ gegen dafür mutmaßlich verantwortliche Staaten angekündigt. US-Politiker haben darauf hingewiesen, dass dabei zwangsläufig auch unbeteiligte Menschen getötet werden. Diese Opfer, als solche menschenrechtlich nicht akzeptabel, bewirken nicht mehr Sicherheit. Sie halten vielmehr die Spirale von Gewalt und Gegengewalt am Laufen.

**Ich protestiere dagegen, dass die Bundesregierung bedingungslos und uneingeschränkt diesem Vorgehen Folge leisten will.**

**Ich protestiere dagegen, dass der Deutsche Bundestag am 19.9.2001 zur Unterstützung des US-Vorgehens „die Bereitstellung geeigneter militärischer Fähigkeiten“ beschlossen hat.**

**Ich fordere den Deutschen Bundestag auf, erneut über die Konsequenzen der Terroranschläge zu beraten. Krieg, Rache und Vergeltung sind keine angemessene Antwort auf das Geschehene! Der Beschluss, militärische Mittel der Bundeswehr für Kriege gegen sogenannte Schurkenstaaten zur Verfügung zu stellen, muss rückgängig gemacht werden! Statt dessen soll der Bundestag auf die USA und die anderen NATO-Staaten einwirken, mit angemessenen menschenrechtlich begründeten Maßnahmen zu reagieren!**

**Ganz und gar ohne Augenmaß und Not ist es, wenn Bundesregierung, Bundestag und Landesregierungen grundrechtswidrig Polizei und Geheimdienste mit mehr Kompetenzen versehen und ausbauen, ja das Militär innenpolitisch einsetzen wollen. Durch solche Schritte werden nicht ein Mehr an Lebens-Sicherheit herbeigeführt, vielmehr das sichere Ende bürgerlicher Freiheit und Integrität.**

**Begründung:**

Angesichts der terroristischen Anschläge gegen das World-Trade-Center und das Pentagon haben die USA einen 10jährigen kriegerischen Feldzug gegen die von ihnen als Schurkenstaaten eingestuft Länder und internationale terroristische Netzwerke angekündigt. Die Bundesregierung hat erklärt, die USA auch bei ihrem militärischen Vorgehen gegen den Terror bedingungslos und uneingeschränkt zu unterstützen. Der Deutsche Bundestag beschloss daraufhin am 19.9.2001, die USA bei ihrem geplanten kriegerischen Vorgehen auch militärisch zu unterstützen.

Zuvor hatte der NATO-Rat vorausseilend den Bündnisfall beschlossen, vorausgesetzt, dass der Anschlag „vom Ausland aus“ verübt worden sei. Nach Artikel 5 des NATO-Vertrages bedeutet das den Eintritt der Beistandspflicht der übrigen Mitgliedsländer. Der terroristische Anschlag ist - so schrecklich er ist - nicht als kriegerischer Angriff im völkerrechtlichen Sinne zu werten. Zum einen ist der Angriff nicht mehr gegenwärtig, d.h. eine Verteidigung im eigentlichen Sinne ist jetzt nicht mehr möglich. Zum anderen ist der Angriff nicht eindeutig einem Staat zuzurechnen, was für eine Kriegsdefinition im völkerrechtlichen Sinne

Voraussetzung wäre. Dennoch hat die USA den Anschlag als „Krieg“ bewertet. Der NATO-Rat folgte mit seinem prophylaktischen Bündnisfall-Beschluss dieser Definition.

Den Terror mit Krieg zu beantworten ist ein falscher und verhängnisvoller Weg. Kreuzzugsparolen und entsprechendes kriegerisches Handeln werden nur noch mehr Tote und Verletzte zur Folge haben. Schon jetzt sind Tausende afghanische Bürgerinnen und Bürger auf der Flucht in eine elende und ungewisse Zukunft aus Angst vor dem drohenden Krieg. Durch kriegerisches Vorgehen wird weiterer Terrorismus geradezu vorprogrammiert.

US-Politiker bereiten die Öffentlichkeit darauf vor, dass in den bevorstehenden Kriegen sowohl beteiligte eigene Soldaten als auch unschuldige bzw. unbeteiligte Zivilisten in den anderen Staaten getötet werden würden: „Colin Powell warnte unterdessen in Washington, dass die dann einsetzende Kampagne gegen die Drahtzieher der Terrorangriffe auch das Leben von Zivilisten kosten könnte. ‚Krieg ist Krieg‘ so Powell. Ein Konflikt ohne Opfer sei im Kampf gegen den Terrorismus illusorisch.“ (die tageszeitung, 25.9.01)

Jetzt ist Handeln nötig. Die Ablehnung kriegerischen Vorgehens bedeutet nicht, dass für die internationale Sicherheit nichts getan werden könne. Aber es gilt, mit angemessenen Mitteln zu reagieren. Schleunigst gilt es, internationale Institutionen - etwa regionale Organisationen der UNO - einzusetzen, die - zeitlich auf ein halbes Jahr begrenzt - eine Problembearbeitung in den Krisenregionen betreiben. Eine Bestandsaufnahme der Konfliktformationen und -ursachen muss in Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen in den Regionen geschehen und in umsetzbaren Vorschlägen enden. Dann wird sich zeigen, wie stark den westlichen Gesellschaften an einer allgemeinen, allen Menschen geltenden Zivilisation gelegen ist. Die nötigen politisch-wirtschaftlichen Verhaltensveränderungen werden erheblich sein.

Zum anderen ist es jetzt nötig, die tieferen Ursachen des Terrorismus aufzuarbeiten und zu beseitigen. Ein solcher Hass kann nur gedeihen in einer Welt unermesslicher Ungleichheiten, in einer Welt, in der täglich - wenn auch weitgehend medial unsichtbar - mehr Menschen an Hunger sterben, als bei den Terroranschlägen um ihr Leben gebracht wurden. Das Weltwirtschaftssystem muss endlich an den Forderungen der Gerechtigkeit und weltweiter Gewährleistung von Menschenwürde und Gleichheit ausgerichtet werden.

Die westlichen Staaten sind auch aufgefordert, mit entschiedenerer Energie eine Lösung des Nahost-Konfliktes zu unterstützen. Ebenfalls ist das Embargo gegen den Irak aufzuheben, demzufolge schon mehr als 500.000 Kinder umgekommen sind. Es gilt, eine Welt zu schaffen, in der dem Terrorismus der Nährboden entzogen wird. Um dies zu erreichen, müssen die westlich-reichen Staaten endlich umdenken!

**Krieg darf nicht die Antwort auf Terror sein ! Die Gewaltspirale muss durchbrochen werden !**